

## Pensionen: Hilfe, die Babyboomer kommen

### 19 Mrd. Euro in den nächsten 10 Jahren werden zum Stresstest für das Pensionssystem

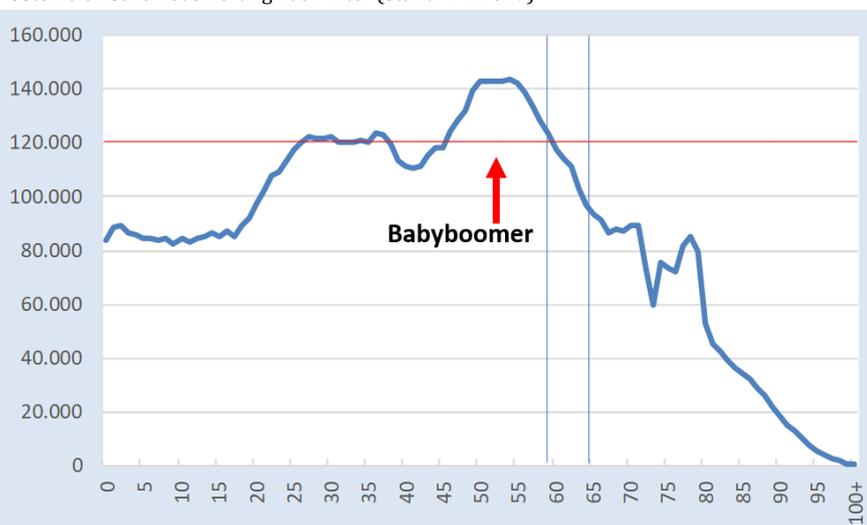
Das Pensionssystem in Österreich ist in seiner derzeitigen Form nicht nachhaltig finanziert, daran ändert auch die im Zusammenhang mit der jüngsten Bevölkerungsprognose angesprochene Zuwanderung nichts. Bis 2080 werden 9,9 Millionen Menschen in Österreich leben. Der Altersabhängigkeitsquotient, d.h. der Anteil der über-65-Jährigen an den 15-64-Jährigen, wird von heute 28,1 Prozent bis 2040 auf 44,1 Prozent und bis 2080 auf 51,6 Prozent steigen. Zudem wird im selben Zeitraum die Lebenserwartung auf deutlich über 90 Jahre ansteigen. Die Zahl der Pensionsbezieher und auch die Bezugsdauer wachsen demnach an, was mit einem deutlichen Anstieg der Ausgaben im Pensionssystem verbunden ist. Da der Kostensteigerung keine entsprechende Finanzierung gegenübersteht, muss das System in seiner aktuellen Verfasstheit als nicht nachhaltig angesehen werden. Dabei führen die vergangenen Reformen vor allem mit der Verlängerung des Durchrechnungszeitraums bereits zu einem Absinken der globalen Ersatzrate, also dem Verhältnis von Durchschnittspension zum Durchschnittseinkommen, von heute 56 bis zum Jahr 2060 auf 48 Prozent. Um das Leistungsniveau nicht weiter abzusenken, werden die Beiträge oder der Bundeszuschuss steuer- oder schuldenfinanziert angehoben werden müssen. Folglich würde die Belastung des Faktors Arbeit oder die Schuldenquote steigen. Alternativ könnte das gesetzliche Antrittsalter von heute 65 schrittweise auf 67 im Jahr 2060 angehoben werden, um das Pensionssystem nachhaltig zu gestalten. Mit einer Anhebung des Antrittsalters darüber hinaus, könnte auch ein höheres Niveau der Pensionen nachhaltig gewährleistet werden. In Deutschland hat die Bundesbank jüngst eine Anhebung des Antrittsalters auf über 69 Jahre bis zum Jahr 2070 vorgeschlagen.

### Stresstest für das Pensionssystem steht vor der Tür

Doch bis zu einer echten Belastungsprobe für das österreichische Pensionssystem muss man keine 60, 40 oder 20 Jahre warten. Der Stresstest steht bereits vor der Tür: Die ersten Babyboomer, d.h. die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre, sind bereits in Pension gegangen. Heute sind 93.237 Personen 65 Jahre alt, das Alter bei dem das Gesetz den Pensionsantritt (für Männer) vorsieht. Die meisten Menschen gehen in Österreich allerdings schon früher in Pension. Laut Hauptverband liegt das tatsächliche Antrittsalter derzeit bei 59,6 Jahre. Heute sind 117.265 Menschen 60 Jahre alt. Diese Zahl wird in den nächsten zehn Jahren deutlich ansteigen, denn aktuell sind 142.278 Menschen in Österreich 55 Jahre und 143.207 Menschen 50 Jahre alt.

Mit dem Anstieg der Jahrgangszahlen ist ein Anstieg der Neuzugänge in das Pensionssystem verbunden. 2014 wurden 81.417 Neuzuerkennungen von Invaliditäts- oder Alterspensionen verzeichnet. In dieser Zahl erfasst der Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger Unselbständige, Versicherte der gewerblichen Wirtschaft und Bauern, Beamte sind hingegen nicht enthalten. Bis zum Jahr 2018 ist diese Zahl bereits auf 92.203 gestiegen, d.h. um rund 10.000 Personen höher. In den nächsten 10 Jahren wird diese Zahl mit den Babyboomern auf deutlich über 100.000 Neuzugänge ansteigen, die dann bis zu ihrem Lebensende – also im Schnitt rund 25 Jahre – Pensionsleistungen beziehen werden.

Österreichische Bevölkerung nach Alter (Stand: 1.1.2019)



Quelle: Statistik Austria, Hauptverband

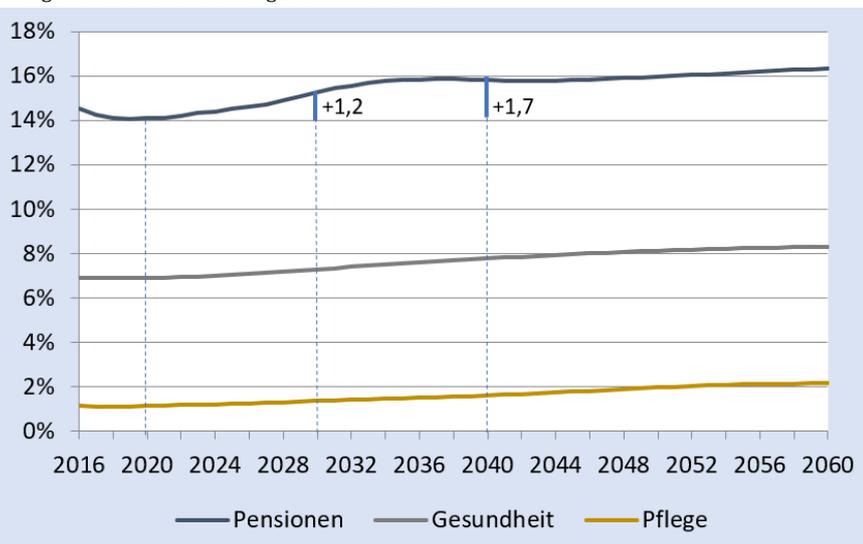
Hinweis: Die blauen Linien zeigen 65 Jahre und das tatsächliche Antrittsalter laut Hauptverband (2018) an.

### Haben wir die Babyboomer schnell wieder hinter uns?

Der Eintritt der Babyboomer in das Pensionssystem führt dazu, dass die Ausgaben jedes Jahr steigen werden. So zeigen Berechnungen mit dem Generationenkontenmodell Schulden-Check von EcoAustria, dass die Pensionsausgaben von heute 14,1 Prozent des BIP bereits bis zum Jahr 2030 auf 15,3 Prozent steigen werden. Das ist ein massiver Anstieg um 1,2 Prozent des BIP oder kumuliert um rund 19 Mrd. Euro in Preisen und Einkommen von heute. Und auch danach steigen die Ausgaben weiter, wenn auch nicht mehr so kräftig: Im Jahr 2040 werden sie 15,8 Prozent, im Jahr 2050 16 Prozent und im Jahr 2060 16,3 Prozent des BIP ausmachen. Ebenfalls vor demographischen Herausforderungen steht die Finanzierung von Gesundheit und Pflege. So werden die Gesundheitsausgaben von heute rund 7 Prozent bis zum Jahr 2060 auf 8,3 Prozent des BIP steigen und die Pflegeausgaben werden sich im selben Zeitraum von 1,1 Prozent auf rund 2,2 Prozent nahezu verdoppeln.

Insgesamt steht die umlagefinanzierte Sozialversicherung im Allgemeinen und das Pensionssystem im Speziellen also vor großen demographischen Herausforderungen. Diese sind nicht vorübergehend und lassen sich auch nicht realistisch mit Zuwanderung beheben. Daher sind Strukturreformen zur nachhaltigen Ausgestaltung des Pensionssystems angezeigt. Will man ein weiter sinkendes Leistungsniveau über die bereits beschlossenen Senkungen hinaus und eine steigende Abgaben- oder Schuldenbelastung vermeiden, wird man um eine Anhebung des Antrittsalters nicht herumkommen.

Ausgewählte öffentliche Ausgaben in Prozent des BIP



Quelle: EcoAustria Schulden-Check

Weitere Berechnungen der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung siehe EcoAustria Policy Note 23 sowie 37.

Hinweis: Ausgabensteigerungen Pensionen 2030 bzw. 2040 im Vergleich zu 2020 in Prozent des BIP.

### Jüngste Beschlüsse des Nationalrats laufen Nachhaltigkeit zuwider

Vor dem Hintergrund der mangelnden Nachhaltigkeit des Pensionssystems sind die jüngsten Beschlüsse des Nationalrats besonders kritisch zu beurteilen. Diese haben zwar kurzfristig nur relativ geringe Ausgabensteigerungen zur Folge, entfalten jedoch langfristig erhebliche Kostenwirkung. Würden die Pensionen nur mit der Inflation steigen, so würde die Abschaffung der einjährigen Wartezeit bis zur ersten Pensionserhöhung budgetär im ersten Jahr mit nur rund 30 Mio. Euro zu Buche schlagen. Jedes Jahr kommt allerdings ein weiterer Jahrgang von Neupensionisten hinzu. Im Jahr 2050 kostet die Maßnahme bereits rund 900 Mio. Euro. Und bei der reinen Inflationsanpassung bleibt es oftmals nicht – so schlägt die jüngste Anpassung im ersten Jahr tatsächlich mit rund 50 Mio. Euro zu Buche. Das spricht dafür, dass die Kostenbelastung langfristig sogar noch höher ausfallen wird. Auch die neue Regelung zum abschlagsfreien Pensionsantritt nach 45 Arbeitsjahren wirkt in diese Richtung.

#### Rückfragen:

DI Johannes Berger

Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung

Mobil: +43-(0)664 88739624

johannes.berger@ecoaustria.ac.at